Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5950

05. 11. 96

Antrag

der Abgeordneten Gerd Poppe, Dr. Angelika Köster-Loßack, Dr. Helmut Lippelt und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Demokratie und Menschenrechte als Maßstab der deutschen Südost- und Ostasienpolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die jüngsten Reisen von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl nach Indonesien, auf die Philippinen und nach Japan und von Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, nach China und in die Mongolei haben zu Recht die Ostasien-Politik der Bundesregierung ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Der Deutsche Bundestag begrüßt es ausdrücklich, daß dieser Region erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Als Ergebnis dieser Reisen muß erneut festgestellt werden, daß die Bundesregierung im kurzfristigen Interesse der Erlangung von Marktvorteilen auf eine Politik verzichtet, die die Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen mit der Achtung der Menschenrechte und der Entwicklung rechtsstaatlicher Verfahren verknüpft. Die Geringschätzung demokratischer Grundsätze durch die Bundesregierung bezieht sich inzwischen nicht nur auf die Staaten Ostasiens und anderer Regionen, sondern auch auf die Entscheidungen ihres eigenen Souveräns und seiner Vertretung, des Deutschen Bundestages. Eine Reihe öffentlicher Äußerungen von Regierungsmitgliedern und -vertretern im Umfeld der jüngsten Reisen von Bundeskanzler und Außenminister haben dies bestätigt.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich ausdrücklich zu der Auffassung zu bekennen, daß Protest gegen menschenrechtswidrige Praktiken und Bestehen auf der Einhaltung geltenden Völkerrechts keine unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten fremder Staaten ist. Kritik an der Politik diktatorischer Regimes ist keine Politik gegen die Interessen der betroffenen Völker;
- die Respektierung der Menschenrechte und die Einhaltung rechtsstaatlicher Normen als Kriterium für ihr Verhältnis zu anderen Staaten erkennbar zu machen. Insbesondere gilt dies auch für die unterschiedliche Bewertung von demokratischen Regierungen und autoritären bzw. diktatorischen Regimes.

Der Deutsche Bundestag kritisiert, daß Ostasien, und insbesondere die von Krisen- und Spannungsgebieten geprägte Region Südostasiens, zu einem Schwerpunktgebiet deutscher Rüstungsexporte und militärischer Zusammenarbeit geworden ist. Er fordert die Bundesregierung auf, ihre Politik der Rüstungsexportförderung aufzugeben, Rüstungsexporte in diese Region zu unterbinden sowie die militärische Kooperation zu beenden.

Der Deutsche Bundestag kritisiert im besonderen die Weigerung des Bundeskanzlers, sich mit Vertretern der indonesischen Opposition zu treffen, die gegenwärtig einer Verfolgungskampagne ausgesetzt ist. Der Deutsche Bundestag spricht Bischof Belo Respekt für die Ablehnung der nachträglichen Einladung des Bundeskanzlers aus und fordert die Bundesregierung auf, Bischof Belo zu einem Besuch Deutschlands einzuladen.

Der Deutsche Bundestag protestiert gegen die allen rechtsstaatlichen Prinzipien hohnsprechende Verurteilung des chinesischen Dissidenten Wang Dan zu elf Jahren Gefängnis unmittelbar nach der Abreise des Bundesministers des Auswärtigen. Er fordert die Bundesregierung auf, sich für die sofortige Freilassung von Wang Dan sowie für nachprüfbare rechtsstaatliche Verfahren gegen Lin Cheng und Yang Qing sowie weitere chinesische Dissidenten einzusetzen.

Der Deutsche Bundestag mißbilligt, daß die Bundesregierung im Vorfeld der Reisen China Hermeskredite für das Projekt des Drei-Schluchten-Staudamms zugesagt hat, ohne das Ergebnis der Bundestagsdebatte über die katastrophalen ökologischen und menschenrechtlichen Konsequenzen aus diesem Vorhaben abzuwarten. Dies muß als Affront gegen das eigene Parlament gewertet werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Entscheidungen des Deutschen Bundestages nicht durch die Schaffung vollendeter Tatsachen zu unterlaufen, sondern als Ausdruck des demokratischen Mehrheitswillens zu respektieren.

Der Deutsche Bundestag verwahrt sich gegen Äußerungen aus dem Auswärtiger Amt, namentlich des deutschen Botschafters in China, im Zusammenhang mit der Tibet-Resolution des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1996. Dieser Vorgang ist eine Brüskierung des Parlaments und erzeugt den Eindruck mangelnden Demokratrieverständnisses seitens offizieller Vertreter der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Wiederholung solcher Äußerungen auszuschließen.

Bonn, den 5. November 1996

Gerd Poppe
Dr. Angelika Köster-Loßack
Dr. Helmut Lippelt
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333